

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der **Deutschen Kommunistischen Partei Hannover**

www.dkp-hannover | www.facebook.com/DKPHannover

Mai 2021

Ein tiefer Riss

Seit Herbst 2019 dauert nun schon eine der schwersten Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte an. Die Folgen für Arbeiter, Angestellte und ihr Familien waren verheerend.

Arbeitgeber nutzten 2020 die Tarifverhandlungen, um Nullrunden durchzudrücken. Die Reallöhne und damit die Kaufkraft und der Lebensstandard sanken durchschnittlich um 1,1 Prozent. Die Zahl der Erwerbslosen stieg um fast eine halbe Million auf 3,7 Millionen! Und über 40 Prozent aller Erwerbstätigen hatten Lohnverluste durch Kurzarbeit.

Doch während das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung schrumpfte, führten die Großkonzerne und ihre superreichen Eigentümer einen gigantischen Raubzug durch: Milliarden an Kurzarbeitergeld waren als teilweisen Lohnersatz gezahlt worden – zum erheblichen Teil zuvor angespart durch unsere Beiträge zur Sozialversicherung. Ursprünglich begründet, um Entlassungen bei Krisen zu verhindern, wurde das Geld benutzt, um daraus Gewinn zu schlagen. So machten die „großen drei“ VW, BMW und Daimler 2020 zusammen einen Gewinn von 16,6 Milliarden Euro und zahlten davon 7,2 Milliarden an die Eigentümer aus – darunter die Familienclans Porsche/Piech (VW) und Klatten/Quandt (BMW). Zuvor hatten die Konzerne eine Milliarde Euro Kurzarbeitergeld bekommen.

Im Frühling 2020 hatten Finanzminister Scholz (SPD) und Wirtschafts-

nister Altmaier (CDU) noch lautstark erklärt, wer staatliche Förderung in Anspruch nähme, könne nicht gleichzeitig den Aktionären Dividenden ausschütten.

Deutlich wird: Die Krise wird auf die Arbeiter, Angestellten und Rentner und ihre Familien abgewälzt. Die winzige Minderheit der Superreichen, der Großaktionäre und Großunternehmer konnte ihr Vermögen hingegen mit tatkräftiger Hilfe der großen Koalition alleine im Jahr 2020 um 50 % steigern – auf 600 Milliarden Euro!

Es muss Schluss sein mit der Umverteilung von unten nach oben:

Eine sofortige Multimillionärssteuer muss her!

Staatliche Förderung, Kredite oder Beteiligungen darf es nur bei Arbeitsplatz- und Standortgarantie sowie Gewinnausschüttungsverbot geben.

Bei Verstoß gegen diese Auflagen müssen die entsprechenden Unternehmen bei demokratischer Kontrolle verstaatlicht werden.

BTW 21

**Arbeitsplätze
verteidigen!
100%**

**Kurzarbeitergeld
mit Kündigungsschutz!
Kommunisten wählen! DKP**

**Bundestagswahl 2021:
Deine Stimme zählt
Deutsche Kommunistische Partei**

Sozialabbau 2021: Null-Runde für Rentner

So langsam wird klar, wer aus Sicht von Politik und Wirtschaft die Kosten der Krise tragen soll: Die Arbeitnehmer und die Rentner.

Nachdem der Vorsitzende der deutschen Rentenversicherung, Alexander Gunkel, schon auf der Bundesvertreterversammlung am 25. Juni 2020 eine Nullrunde ankündigte, hat Arbeitsminister Heil (SPD) jetzt Klartext gesprochen: Für Westrentner gibt es dieses Jahr gar keine Erhöhung, für Ostrentner mickrige 0,72 Prozent. Nachdem schon bis zu 6 Millionen Kurzarbeitende zeitweise auf 30-40 Prozent ihres Einkommens verzichten mussten - wodurch zusätzlich auch ihre zukünftigen Rentenansprüche entsprechend reduziert wurden - kommen jetzt die Rentner selbst an die Reihe. Der Bundesverband der Arbeitgeber (BDA) hat schon am 29. Juli letzten Jahres seine Vorstellungen veröffentlicht: Das Renteneintrittsalter soll an die Lebenserwartung geknüpft, also verlängert werden, und alle Sozialausgaben bei 40 Prozent (je 20 für Arbeitgeber und Arbeitnehmer) begrenzt werden. Das bedeutet in letzter Konsequenz entweder Kürzung der Sozialausgaben oder weitere Verlagerung zu privater Vorsorge auf Kosten der Arbeitnehmer.

Corona - Profiteure

Viele Bürger sind fassungslos. Seit einem Jahr beteuern die Politiker fast gebetsmühlenartig, es gehe ihnen bei allen Corona-Maßnahmen und verordneten Einschränkungen ausschließlich um die Gesundheit der Menschen. Und nun stellt sich heraus, dass manche von ihnen selbst in korrupte Geschäfte mit sogenannten „Maskendeals“ verwickelt sind.

Wie ist es möglich, dass sich Politiker angesichts einer behaupteten tödlichen Bedrohung so skrupellos bereichern? Weil der Gesundheitsbereich durch diese Parteien seit den 1990er-Jahren privaten Investoren ausgeliefert wurde. Die Investoren haben öffentliche Krankenhäuser aufgekauft und daraus private Ketten gebildet: Rhön-Kliniken, Fresenius, Asklepios sind die größten. Zehntausende Arbeitsplätze von Pflegekräften wurden abgebaut, die verbliebenen werden schlecht bezahlt. Auch Altenheime, Pflege- und Labordiens-

te wurden in private Ketten integriert. So hat etwa der Investor Waterland im letzten Jahrzehnt 120 Reha-Kliniken zusammengekauft (Klinikgruppe ATOS), mithilfe von McKinsey die Median-Kette gebildet und wirbt Billigpfleger aus Osteuropa an. Mit Krankheit und Pflege werden große Gewinne gemacht.

Gleichzeitig sterben in diesem Normalbetrieb nach Angaben des RKI jährlich ca. 15.000 Patienten durch Infektionen, sogenannte Multiresistentkeime (MRSA), die erst im Krankenhaus verursacht werden – aber das hat die Corona-Gesundheitsapostel wie Merkel, Spahn, Lauterbach und Drosten nie gestört.

Wenn jetzt weitere Lockdowns mit der Überlastung der Intensivbetten begründet werden, so muss sich der Gesundheitsminister fragen lassen, warum er im Corona-Krisenjahr 2020 zugelassen hat, dass nicht nur 20 Kliniken geschlossen sondern

auch 3.600 Intensivbetten (von ehemals 30.400) abgebaut wurden.

Weitere Profiteure sind die Impfmittelkonzerne, allen voran Pfizer aus den USA, zusammen mit der deutschen BionTech aus Mainz. Pfizer gab auf der Investorenkonferenz am 11. März bekannt, dass mit dem Corona-Impfstoff ein Umsatz von 15 Milliarden Dollar und ein Gewinn von 3,8 Milliarden gemacht wurde. Man geht davon aus, dass zukünftig jährliche Auffrischungsimpfungen erfolgen werden, wie es bei Grippe üblich ist.

Das freut die Aktionäre: Der Kurs der Pfizer-Aktie ist innerhalb von einem Jahr um 20% von 30 auf 36 Dollar gestiegen. Die BionTech-Aktie hat sich seit Juni 2020 von 40 auf 114 Dollar fast verdreifacht; Hauptaktionäre sind die Gebrüder Strüngmann aus Holzkirchen in Bayern, ehemalige Besitzer des Hexal-Konzerns, mit einem Vermögen von jeweils 3 Milliarden Dollar.

Anke kandidiert

Anke Wittkopp, geborene Lindenerin, Lokaljournalistin, kandidiert auf Platz 1 für die Landesliste der DKP Niedersachsen zur Bundestagswahl und zur Kommunalwahl für den Bezirksrat Hannover Linden-Limmer.

Anke, warum sollte noch eine Partei ihren Hut in den Ring des Wahlkampfes werfen? Warum die DKP?

Weil die im Bundestag vertretenen Parteien nicht die Interessen der Lohnabhängigen im Auge haben. Die Politik der DKP stellt dagegen die Lebensfragen der arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt.

Was sind denn diese Lebensfragen?

An erster Stelle: Frieden! Günstige und gute Wohnungen. Ein sicherer Arbeitsplatz. Ein Lohn, der zu mehr reicht als nur zum Überleben. Konkret in der jetzigen Krise heißt das z. B. 100% Kurzarbeitergeld mit gleichzeitigem Kündigungsschutz. Nicht die Profite für die Unternehmen sollen gesichert werden, die Menschen müssen vor Arbeitslosigkeit, Armut und Armutsrente geschützt werden. Doch das alles ist für uns nicht drin, weil das Geld in Kriegsvorbereitung gesteckt wird. Darum: Rüstungsgelder in soziale Infrastruktur!

Was ist soziale Infrastruktur?

Ein Gesundheitswesen, das die Gesundheit von uns Menschen erhält und nicht Gewinne für Krankenhaus- und Pharmakonzerne schieffelt. Ein gut ausgestattetes Bildungssystem. Kultureinrichtungen, Sport- und



Foto: Gerd van Overstraeten

Spielstätten, Einrichtungen der öffentlichen Versorgung und ein kostengünstiger ÖPNV. Dazu gehört vor allem auch guter und bezahlbarer Wohnraum für alle, den wir nur durch öffentlichen Wohnungsbau erreichen können. Bezahlt werden kann das durch eine Millionärssteuer.

Was ist dir bei deiner Kandidatur zum Bezirksrat besonders wichtig?

Die Infrastruktur im Stadtteil ist mein Thema. Post- und Sparkassenfilialen wurden geschlossen oder auf Kioskgröße geschrumpft, lange Schlangen vor den Türen zu den wenigen verbliebenen Bankautomaten und Postschaltern sind Normalität. Niemand weiß, ob und wann der Fössebad-Neubau stattfinden wird. Wie kann es sein, dass ein wachsender Stadtbezirk mit über 45.000 Menschen nur eine Stadtteilbücherei hat?

8. Mai Tag der Befreiung

Vor 80 Jahren, am 22 Juni 1941, überfiel das faschistische Deutsche Reich die Sowjetunion. Es war das zweite Mal im letzten Jahrhundert, dass deutsche Truppen in Russland einfielen. Russland dagegen hat noch nie Deutschland angegriffen. Am 8. Mai 1945 wurde das deutsche Volk durch die Rote Armee und die West-Alliierten vom Faschismus befreit. Jetzt stehen wieder deutsche Soldaten - zusammen mit Nato-Truppen - im Baltikum an Russlands Grenzen. Wir brauchen keine weitere Konfrontationspolitik, sondern Entspannungspolitik.

Gedenkveranstaltung

Frieden mit Russland

Samstag, 8. Mai, 17.30 Uhr
Mahnmal Gerichtsgefängnis
am Pavillon

Bündnis 8. Mai 2021:

Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes - Bund der Antifaschisten
Initiative „Frieden mit Russland“
Partei Die Linke
Deutsche Kommunistische Partei
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
Rote Hilfe

Höhere Preise von der Kita bis zum Friedhof

Immer mehr Menschen in unserer Stadt sind von Geldproblemen betroffen. Viele erreichen nur mühsam mit ihrem Einkommen, mit Kurzarbeitergeld, mit Hartz IV oder anderen Unterstützungen das Monatsende.

Seit 2020 stiegen die Mieten um 5 % und für einen Quadratmeter Kaltmiete müssen durchschnittlich bereits 8,46 Euro gezahlt werden. Mit der von Enercity erfolgten Erhöhung der Strom- und Gaspreise zum 1. April 2021 ist eine Mehrbelastung für einen Zwei-Personenhaushalt von über 120 Euro jährlich verbunden. Seit Jahresbeginn müssen im Großraumverkehr vom Einzelfahrschein (10 Cent) bis

zur Monatskarte (1,50 bis 2,30 Euro) Mehrkosten entrichtet werden.

In trauter Eintracht beschlossen SPD/GRÜNE/FDP – oftmals im Schlepptau mit der CDU – eine Vielzahl von Gebührenerhöhungen:

- Bereits 2019 wurde das Abwasser um 35 % erhöht (beim Durchschnittsverbrauch auf über 100 Euro);
- eine Gebührenerhöhung für die Straßenreinigung um 8.8 %;
- Essen in Kindergarten und Hort wird schrittweise von 30 auf 40 Euro erhöht;
- die Hundesteuer wird raufgesetzt: für den Ersthund von 132 auf 150 Euro;
- der Eintritt in die Herrenhäuser Gärten soll drastisch gesteigert werden –

von 8 auf 10 Euro beim Kombiticket für Großen Garten und Berggarten, von 3,50 auf 5 Euro für den Berggarten; - auch das Sterben soll teurer werden: um 226 auf 3168 Euro beim Erdwahlgrab, beim Urnengrab um 90 auf 1311 Euro. Dazu SPD-Fraktionschef Lars Kelich: „Die Menschen bekommen auch etwas für ihr Geld.“

**Wir fordern stattdessen:
Entlastung statt immer weitere Belastungen der Haushalte!
Preisstopp für öffentliche Dienstleistungen!
Weniger Steuergelder fürs Militär, mehr Steueranteile für die Kommunen!**



Limmern geht auch anders

Gerade angesichts der nun über ein Jahr andauernden sogenannten Coronabeschränkungen ist das Bedürfnis nach Geselligkeit groß. Das betrifft die Feier mit Freunden und Verwandten in den eigenen vier Wänden, im Hof des Hauses oder auch im Garten. Dazu gehören auch Straßenfeste, Schützenfeste oder größere Parties.

In den Sommermonaten gemeinsam draußen zu grillen und zu feiern, ist ein Teil der Alltagskultur. Gerade für jüngere Menschen, die sich in der Ausbildung oder im Studium befinden, ist es ebenso wie für die wachsende Zahl an Geringverdienern ein legitimes Interesse, auch kostengünstig zusammenkommen zu können oder gemeinsam zu feiern.

Im Verlaufe der letzten sieben Jahre hat sich rund um die Limmerstraße in Linden-Nord ein regelrechter Safttourismus herausgebildet – aktiv gefördert durch

SPD und „Grüne“. Vorwiegend jüngeres Publikum reist an, Bier bringt man gern kistenweise mit oder holt es sich frischgezapft am Kiosk, Wodka flaschenweise beim Supermarkt. Und dann geht's ab. Warum auch nicht. Aus Sicht der ganz normalen Leute im Stadtteil ist das Vergnügen am Partyleben auf den Straßen aber nicht ungeteilt. Denn irgendwann möchte man und frau nämlich des nachts ein Auge zu tun. Auch der Partymüll ist nicht sonderlich spaßig. Die DKP meint, das muss so nicht sein!

Gut und günstig feiern in Hannover!

Es liegt es nahe, in anderen Stadtteilen kostengünstige Möglichkeiten zu organisieren, um in den Sommermonaten gemeinsam draußen zu feiern und dabei gleichzeitig Linden von dem ausufernden Partybetrieb zu entlasten.

So könnte es klappen: In einigen weiteren

Stadtteilen werden von der Stadt Hannover **Kommunale Partybereiche** eingerichtet, die im Wechsel für den sommerlichen Wochenendpartybetrieb genutzt werden können! Klar, dafür braucht man Infrastruktur: ordentliche Sanitäreinrichtungen, mobile Notfallambulanz, überdachte Sitzmöglichkeiten, da wo es der öffentliche Nahverkehr nicht hergibt, Shuttlebusse. Und wenn die Party vorbei ist, macht Aha sauber.

Dass genug Geld da ist, kann man einfach an ein paar Beispielen erkennen: Die Stadt Hannover hat Millionen übrig, um Flaniermeilen wie die Schmiedestraße zu bauen, den Umbau des Steintorplatzes zu finanzieren, das Schloss Herrenhausen und die KunstFestspieleHerrenhausen.

Ideal für weitere Kommunale Partybereiche sind: Nordstadt, Lister Meile, Zooviertel, Südstadt und Mühlenberg!

Frieden mit Russland Kein Krieg gegen den Donbass!

Die neue US-Regierung setzt gegenüber Russland und China auf Eskalation. Die Bezeichnung des russischen Präsidenten Putin durch US-Präsident Biden als „Killer“ war Höhepunkt einer Reihe aggressiver Maßnahmen des US-geführten Lagers:

Stopp von Nord Stream 2, Unterstützung des Regierungsgegners Nawalny, Festhalten am unbelegten Vorwurf der Wahleinmischung in den USA. Auch gegenüber China zündeln die USA und ihre Verbündeten. US-Verteidigungsminister Blinken sagte, die USA werden die Beziehungen zu Beijing „feindselig“ gestalten, „wo es nötig ist“. NATO-Generalsekretär Stoltenberg behauptete, China rücke immer näher an das NATO-Gebiet heran, weil es in vielen Ländern investiere. Die EU verhängte Sanktionen gegen China, gleichzeitig mit neuen Sanktionen gegen Russland. Die Feindseligkeiten werden von militärischen Kriegsplanungen begleitet. Nachdem im vergangenen Jahr mit dem Manöver „Defender Europe 20“ Truppentransporte in großem Maßstab aus USA über deutsches Territorium in Richtung russischer Westgrenze geprobt wurden, startete nun das Nachfolgemanöver „Defender Europe 21“, bei dem Deutschland erneut zum Aufmarschgebiet gegen Russland wird. Dabei wird die Truppenverlegung von

28.000 Soldaten aus 16 Ländern Richtung Südosteuropa geübt. Die ukrainische Regierung fühlt sich dadurch ermuntert. Seit Wochen mobilisiert die ukrainische Armee – mit Rückendeckung aus Washington und Berlin – an die Frontlinie, beschießt Städte rund um Donezk und Lugansk und droht mit Rückeroberung der Donbass-Republiken. Dreist fordern die NATO-Staaten

BTW 21

Frieden und Zusammenarbeit mit Russland und China!

Kommunisten wählen! DKP

**Bundestagswahl 2021:
Deine Stimme zählt
Deutsche Kommunistische Partei**

nun von Russland, seine Truppen innerhalb der russischen Föderation weg von der ukrainischen Grenze zu bewegen. Doch nicht nur SPD/CDU/CSU heizen den neuen Kalten Krieg gegen Russland an. Auch die auf Regierungsübernahme schielenden Grünen fordern in ihrem Wahlprogrammtext unverbürgt die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands und Chinas und liegen damit ganz auf US-Aggressionskurs.

Save the date

**12.09. Kommunalwahl
26.09. Bundestagswahl**

**Kommunisten
wählen!
DKP wählen!**

**Wahlen 2021:
Deine Stimme zählt
Deutsche Kommunistische Partei**

Frisch und Grün in den Frühling!

**Bärlauchpesto
für jeden Anlass**

Zutaten

Bärlauch frisch gepflückt (z.B. am Benthel Berg) ca. 200g und mehr

getrocknete Tomaten 5 bis 6
Hälften

Olivenöl

Sonnenblumenkerne
ca. 2 Esslöffel

reifer Hartkäse nach Wahl 30 g

Petersilie, Salz, Pfeffer, Zitrone

Zubereitung

Den Bärlauch gut waschen. Abtropfen lassen. Gut trockenen Bärlauch fein schneiden und in einer Schale sammeln. Das gleiche mit den getrockneten Tomaten.

Sonnenblumenkerne in einer Pfanne goldbraun anrösten (ohne Fett!).

Hinein in die Sammelschale.

Petersilie hacken und dazugeben. Einen Spritzer Zitrone, Salz, Pfeffer nach Bedarf.

Den Käse reiben und mit den anderen Zutaten verrühren.

Die Bärlauchmasse in ein verschließbares Glas geben und leicht andrücken.

Das Glas mit Olivenöl auffüllen, so dass die Masse bedeckt ist.

Fertig! Entweder als Klassiker mit Nudeln oder zum Verfeinern von Sandwich, Salaten und (Kartoffel- oder Spargel-) Suppen nutzbar. Ein gelungener Pfiffgeber für alle Gerichte im Frühling.

Termine der DKP Hannover

**Stadtteilgruppe
Linden
nächste Treffen:
Montag,
17. Mai u. 7. Juni
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58**

**Stadtteilgruppe
Mitte
nächstes Treffen:
Montag,
31. Mai
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58**